

BEZIRKE

Bezirk will Flüchtlinge in Heimen unterbringen

Spandau Das Bezirksamt Spandau will gegen Kriegsflüchtlinge und geduldete Ausländer, die bei der Klärung ihres Aufenthaltsstatus nicht mitarbeiten, alle Geldleistungen streichen und sie im zentralen Flüchtlingsheim an der Motardstraße (Siemensstadt) unterbringen. Sozialstadtrat Martin Matz (SPD) hat angekündigt, dass die 122 als wenig kooperationsbereit eingeschätzten Personen schriftlich aufgefordert werden, ihren Willen zur Mitwirkung beispielsweise durch einen Antrag auf Papiere bei der zuständigen Botschaft zu beweisen. Anderenfalls müssten sie binnen vier Wochen ihre Wohnungen kündigen. Miet- und Unterhaltszahlungen würden gestrichen.

Matz sieht die Maßnahme als Konsequenz des Beschlusses der Innenministerkonferenz, integrationswilligen Flüchtlinge durch Arbeitserlaubnis ein Bleiberecht zu ermöglichen, gleichzeitig Unwillige bald abzuschieben. Mit der Initiative hält Matz auch weitere Debatten um bargeldlose Leistungen an Flüchtlinge für überflüssig, für die sich Spandauer CDU und FDP stark machen. 61 der 615 in Spandau betreuten Flüchtlinge müssen mit einer Chipkarte einkaufen. Weil der Kartenbetreiber gekündigt hat, suchen beide Parteien nach Alternativen.

In der Senatssozialverwaltung stößt die geplante Heimunterbringung auf Kritik. "Die Politik des Landes ist es, Flüchtlinge vorrangig in Wohnungen unterzubringen", so eine Sprecherin von Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (Linkspartei.PDS). "Daran hat sich durch den Beschluss der Innenminister nichts geändert."

hel

Aus der Berliner Morgenpost vom 4. Januar 2007
